

Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
Amt 61	S0169/23	04.04.2023
zum/zur		
A0038/23 Fraktion DIE LINKE		
Bezeichnung		
Erweiterung des Kurzstreckentickets der MVB		
Verteiler	Tag	
Die Oberbürgermeisterin	18.04.2023	
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	04.05.2023	
Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus und regionale Entwicklung	01.06.2023	
Finanz- und Grundstücksausschuss	14.06.2023	
Verwaltungsausschuss	16.06.2023	
Stadtrat	22.06.2023	

In der Stadtratssitzung am 16.03.2023 wurde der Antrag A0038/23

*„Der Stadtrat spricht sich dafür aus, dass die MVB das Kurzstreckenticket erweitert. Zukünftig soll das Ticket für fünf statt für drei Haltestellen gültig sein. Die Vertreter*innen in der Gesellschafterversammlung der MVB und in den marego.-Gremien werden beauftragt, dort entsprechende Beschlüsse herbeizuführen.“*

in die Fachausschüsse überwiesen. Die Verwaltung nimmt wie folgt Stellung:

Mit der Reduzierung der Einzelfahrt von 90 Minuten in alle Richtungen auf 60 Minuten in eine Richtung wurde in der Landeshauptstadt Magdeburg die Kurzstrecke als Ergänzung eingeführt.

Mit der Erweiterung der Kurzstrecke von drei auf fünf Haltestellen zum gleichen Preis würde sehr wahrscheinlich ein signifikanter Anteil der Einzelfahrten kannibalisiert. Ein Ausgleich der Einnahmeverluste durch Mehrverkehre (mehr Fahrgäste) wäre in dem Zusammenhang nicht zu erwarten.

Die Abschätzung der Höhe der Einnahmeverluste kann nicht ohne erheblichen Aufwand und / oder zusätzliche Kosten ermittelt werden. Erlöspotenziale ergeben sich aus der Erweiterung für die MVB nicht.

Im Hinblick auf das Deutschlandticket, welches ab 01.05.2023 bundesweit gültig sein wird, ist es notwendig, das Tarifkonzept des marego-Verbundes neu auszurichten bzw. zu überarbeiten. Hierbei kann auch ein Prüfauftrag für die Kurzstrecke aufgenommen werden.

Die Stellungnahme wurde in Abstimmung mit der Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH & Co. KG (MVB) erarbeitet.

Rehbaum
Beigeordneter für Umwelt
und Stadtentwicklung